



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

### **Sicherung der Wertschöpfung in Bayern – Rückabwicklung der Klimaschutzpolitik jetzt**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Wohlstand und die Arbeitsplätze Bayerns durch die Corona-Krise in einem historisch bisher unbekanntem Ausmaß gefährdet sind. Aus diesem Grund ist es von höchster Priorität, jegliche Hebel zu nutzen, welche die wirtschaftliche Krise eindämmen könnten, um die bayerische Wertschöpfung zu erhalten. Da die Klimaschutzpolitik diametral einer prosperierenden Wirtschaft entgegensteht, ist diese in Gänze und in allen Bereichen rückabzuwickeln.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, von der Einbringung eines Entwurfes des Klimaschutzgesetzes abzusehen, dieses für obsolet zu erklären, vom Kurs des wirtschaftsfeindlichen Klimaschutzes abzuweichen und im Interesse der von Corona ohnehin schon hart getroffenen Menschen den Fokus auf die Sicherung des bayerischen Wohlstandes zu richten.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen für Folgen des einzusetzen:

1. Die Rückabwicklung sämtlicher durch den Klimaschutz motivierten Maßnahmen zur sogenannten „Energiewende“
2. Die Rückabwicklung sämtlicher Subventionen für den Zubau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen
3. Die Rückabwicklung sämtlicher Subventionen für Elektromobilität und den Zubau entsprechender Infrastruktur
4. Dass die durch Rückabwicklung freigewordene Liquidität zum Erhalt der wirtschaftlichen Wertschöpfungsketten und zur Förderung günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen eingesetzt wird

### **Begründung:**

Die wirtschaftlichen Folgen durch die Corona-Krise nehmen nach sämtlichen Prognosen historische, bisher unbekannte und gefährliche Dimensionen an. Besonders problematisch ist hierbei, dass die Krise durch eine jahrelange falsche Politik noch viel schärfer in ihren Folgen zu Tage tritt, als das mit einer von der Politik flankierten robusten Wirtschafts-, Energie-, und Finanzpolitik der Fall gewesen wäre.

Eine Schrumpfung der Wirtschaft im zweistelligen Bereich ist möglich, je nach Dauer der Maßnahme ist mit Wertschöpfungsverlusten auf Bundesebene von über 700 Mrd. zu rechnen, der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger rechnet mit bis zu 1,8 Mio. Kurzarbeitern in Bayern und der Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker erklärte in einer Pressekonferenz, dass

man nach Maßzahlen des Bundes in Bayern mit etwa 5 Mrd. Euro Steuerausfällen rechnen müsste.

Auch sämtliche Indikatoren des Ifo-Institutes bekräftigen diese Befürchtungen. Der Geschäftsklimaindex brach im März 2020 massiv ein und ist im verarbeitenden Gewerbe auf den niedrigsten Stand seit August 2009 gefallen. Historische Einbrüche auch im Dienstleistungssektor und im Handel. In nahezu allen Industriebranchen sind die Exporterwartungen abgestürzt, sie fielen von minus 1,1 auf minus 19,8 Punkte. Das Ifo-Beschäftigungsbarometer stürzte von 98 auf 93,4 Punkte. Laut einer DIHK-Blitzumfrage (DIHK = Deutscher Industrie- und Handelskammertag) befürchtet fast jedes fünfte Unternehmen in die Insolvenz zu schlittern und 80 Prozent aller deutschen Unternehmen erwarten deutliche Umsatzrückgänge.

Um diesen drastischen Einbrüchen spürbar entgegenzuwirken, die Wirtschaft zu stabilisieren, Arbeitsplätze zu sichern und die Ökonomie langfristig wieder auf Wachstumskurs zu bringen, ist ein grundsätzliches Umdenken im Bereich Klimapolitik notwendig. Eine klimaneutrale Transformation der gesamten Wirtschaft ist technisch nicht möglich und die Maßnahmen, die hierzu auf allen Ebenen eingeleitet wurden, bestrafen die heimische Wirtschaft massiv. Insbesondere der EU-Emissionshandel und die zunehmende CO<sub>2</sub>-Bepreisung sind hierbei große Erschwernisse für heimische Wirtschaft und unsere Bürger.

Speziell die Autoindustrie und das verarbeitende Gewerbe, welches durch die vergangene Klimaschutzpolitik immer stärker von der Politik unter Druck gesetzt wurde, muss jetzt eine Entlastung spüren. In Bayern ist nahezu jeder siebte Arbeitsplatz von dieser Industrie abhängig, die durch die weltwirtschaftliche Lage und u. a. auch den kurzzeitigen Shutdown in China besonders betroffen ist. Für die Politik muss daher der Schutz der Arbeitsplätze und der heimischen Wirtschaft von höchster Priorität sein und sie darf sich nicht aufgrund extrem unsicherer Modelle der IPCC-Organisation (IPCC = Intergovernmental Panel on Climate Change) den politischen Weg diktieren lassen.

Um die drastischen Folgen einer historisch nicht vergleichbaren Wirtschaftskrise wirksam abzufedern, sind die im Antrag genannten Forderungen zur Rückabwicklung der Klimaschutzpolitik unabdingbar.